



Ausgezeichnete Bildung für eine erfolgreiche, wettbewerbsfähige Schweiz

Positionspapier der CVP Schweiz

Verabschiedet vom Parteipräsidium am 2. Juli 2010

Zusammenfassung

Die CVP ist stolz auf das Bildungssystem und die Bildungsqualität in unserem Land. Um den **Bildungsraum Schweiz** weiter zu stärken, setzt sie sich ein für:

- Die konsequente Umsetzung der neuen Verfassungsartikel zur Bildung
- Die Zusammenlegung sämtlicher Bildungsverantwortlichkeiten in einem Departement
- Eine klarere Definition der Zuständigkeiten von Schule und Politik
- Möglichkeiten, zwischen den Bildungswegen zu wechseln, unter Berücksichtigung von vermehrt auch nicht in der Schule oder im Beruf erworbener Kompetenzen
- Die Frühförderung des Kindes
- Gleiche Startbedingungen für alle
- Transparenz und Leitplanken bei der Weiterbildung
- Steuerliche Erleichterungen bei den Aus- und Weiterbildungskosten

Der **Volksschule** als Fundament unseres Bildungssystems kommt eine zentrale Rolle zu. Die CVP kämpft für eine starke Volksschule und verlangt:

- Die landesweite Harmonisierung der Volksschule
- Eine stärkere Ausrichtung auf die Grundkompetenzen (Lesen, Schreiben, Rechnen)
- Eine Aufwertung des Lehrerberufes
- Die Klärung des Grundauftrags der Volksschule

Die beiden Pfeiler unseres dualen Bildungssystems dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. In Bezug auf die **Berufsbildung** fordert die CVP:

- Transparenz und Verbesserung der Strukturen im Bereich der Berufsausbildungen
- Die Förderung der Attestausbildung
- Eine bessere internationale Verankerung und Anerkennung unseres Berufsbildungssystems
- Die Entakademisierung bestimmter Ausbildungslehrgänge

Das **Gymnasium** nimmt die wichtige Funktion als Bindeglied zwischen der Volks- und der Hochschule ein. Zur Weiterentwicklung der gymnasialen Qualität macht sich die CVP stark für:

- Einheitliche Qualitätsstandards zur Angleichung kantonaler Unterschiede
- Eine qualitative Begutachtung der Maturitätsprüfungen
- Die Förderung von Langzeitgymnasien
- Internationale Abschlüsse an den Schweizer Gymnasien und die nachhaltige internationale Anerkennung der gymnasialen Maturität

Die Schweizer **Hochschulen** gehören weltweit zu den Besten. Um diesen bedeutenden Standortvorteil aufrechtzuerhalten, tritt die CVP ein für:

- Ein Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG), das eine gute Grundlage für eine zukunftsgerichtete Hochschulpolitik bietet
- Eine gründliche Analyse der Umsetzung der Bologna-Reform und die Behebung hierbei festgestellter Mängel
- Eine Erhöhung der Studiengebühren für Studierende aus dem Ausland
- Einheitliche Mindeststandards im Stipendienwesen

Neben der Bildung gehört auch die **Forschung** zu den zentralen Ressourcen unseres Landes. Forschung fördert die Innovationskraft, entsprechend befürwortet die CVP:

- Die Optimierung des Wissens- und Technologietransfers zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft
- Die Verbesserung der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung
- Eine bessere nationale Koordination bei den Forschungsinfrastrukturen

Einleitung

Die wichtigsten Ressourcen unseres Landes sind die Bildung und Forschung. Sie leisten einen entscheidenden Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung und Reifung der Menschen zu selbstverantwortlichen Individuen, die sich der Gesellschaft gegenüber verpflichtet fühlen. Bildung und Forschung schaffen Perspektiven für alle, fördern das Wachstum unserer Wirtschaft, verhindern Arbeitslosigkeit und stärken unsere Sozialwerke. Sie sichern ausserdem das Funktionieren unserer Demokratie.

Bildungssystem und Bildungsqualität haben der Schweiz in der Vergangenheit zu Wohlstand verholfen und sind ein entscheidender Standortvorteil. Mit der Kombination aus einer qualitativ hochstehenden schulisch-akademischen Bildung und einer bewährten, leistungs- und arbeitsmarktorientierten Berufsbildung verfügt die Schweiz über ein weltweit einzigartiges duales Bildungssystem, das jedem Einzelnen erlaubt, sich gemäss seinen Talenten zu entfalten. Diesem dualen Charakter unseres Bildungssystems ist zu verdanken, dass die Schweiz im europäischen Vergleich die tiefste Jugendarbeitslosenquote aufweist.

Die CVP ist stolz auf das Bildungssystem und die Bildungsqualität in unserem Land. Trotzdem besteht Handlungsbedarf. Die demographische Entwicklung, die Ansprüche an die Integration, die Globalisierung, die zunehmenden Ansprüche an die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder nach „lebenslangem Lernen“ stellen grosse und wichtige Herausforderungen dar, denen sich unser Land nicht entziehen kann und die gemeinsam bewältigt werden müssen. Schülerinnen und Schüler, Lernende, Studentinnen und Studenten, Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schulen, Verbände, Wirtschaft und Politik sind gleichsam gefordert.

Vor diesem Hintergrund und mit dem Ziel, den qualitativ hochstehenden und international wettbewerbsfähigen Bildungsraum Schweiz weiter zu stärken, vertritt die CVP folgende zentrale Positionen und Forderungen:

1. Bildung / Bildungssystem

- **Keine einschneidenden Sparübungen:** Bildung ist die Grundlage unseres Wohlstands. Sie ist ein Vorteil, den wir nicht aufs Spiel setzen dürfen. Einschneidende Sparübungen auf dem Buckel der Bildung, auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten, lehnt die CVP deshalb ab.
- **Pfeiler des dualen Bildungssystems nicht gegeneinander ausspielen:** Das schweizerische duale Bildungssystem ist ein grosser Vorteil im internationalen Vergleich. Die CVP wehrt sich vehement gegen Bestrebungen, die beiden Pfeiler unseres dualen Systems gegeneinander auszuspielen (vgl. Forderung zur Maturitätsquote, S. 6).
- **Verfassungsartikel umsetzen:** Am 21. Mai 2006 hat das Volk mit überwältigender Mehrheit den neuen Verfassungsbestimmungen zur Bildung zugestimmt. Diese schaffen die Voraussetzungen, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Bildungssystems erhöht, die interkantonale und internationale Mobilität erleichtert und die kantonalen Bildungssysteme in festgelegten Punkten gesamtschweizerisch harmonisiert werden. Die konsequente Umsetzung der neuen Verfassungsartikel stellt das primäre bildungspolitische Ziel der CVP dar (vgl. insbesondere Forderungen zur Weiterbildung, Harnos, Lehrplan 21 und HFKG in den folgenden Kapiteln).
- **Bildungsdepartement schaffen:** Seit Jahren verlangt die CVP, dass sämtliche Bereiche der Bildung, Forschung und Innovation, welche in den Kompetenzbereich des Bundes fallen, in einem Departement zusammengefasst werden. Zur besseren Systemübersicht und Vermeidung von „Bildungskonkurrenz“ innerhalb des Bundesrates ist eine solche Zusammenlegung der Verantwortlichkeiten notwendig. Ein schweizerisches Bildungsdepartement muss übergreifende Aufgaben im Bildungswesen wahrnehmen, Strategien festlegen und eine Scharnierfunktion für die Kantone bieten. Die Zusammenlegung aller Bildungsverantwortlichkeiten in einem Departement fördert die Zielorientierung in der schweizerischen Bildungspolitik.
- **Zuständigkeiten für Schule und Politik klarer definieren:** Die Rolle der Politik ist es, klare Bildungsaufträge zu erteilen, für auftragsgemässe Rahmenbedingungen zu sorgen sowie notwendige Qualitätsstandards festzulegen. Aktuell besteht die Tendenz und Gefahr, dass sich die Politik zu stark in operative Bereiche einmischt. Die Schulen brauchen ihre Autonomie, die Lehrerinnen und Lehrer ihre Freiheiten. Vor diesem Hintergrund fordert die CVP mehr Freiheit für die Schule und eine Rückbesinnung der Politik auf ihre wesentlichen Aufgaben.

- **Möglichkeit, zwischen den Bildungswegen zu wechseln und Einbezug von nicht in der Schule oder im Beruf erworbener Kompetenzen:** Vor dem Hintergrund der sich immer schneller verändernden Realitäten der modernen Arbeitswelt muss der Durchlässigkeit innerhalb des Bildungssystems besondere Beachtung geschenkt werden. Die CVP fordert eine gezielte Erhöhung der systemischen Durchlässigkeit. Möglichen Wechseln zwischen Bildungswegen sind jedoch klare Zulassungskriterien vorzugeben (vgl. z.B. Forderung zur Arbeitswelterfahrung beim Übertritt vom Gymnasium an die Fachhochschule, S. 6). Neben formellen Abschlüssen sollen dabei vermehrt auch berufliche und aussercurriculäre Erfahrungen berücksichtigt werden. Insbesondere für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger können dadurch zusätzliche Perspektiven geschaffen werden.
- **Frühförderung:** Das Kind steht für die CVP im Zentrum ihrer Überlegungen. Die ersten Lebensjahre sind für die Entwicklung jedes Menschen von überragender Bedeutung. Der Förderung im Vorschulalter (Frühförderung) kommt deshalb eine entscheidende Rolle zu. Die CVP begrüsst die Förderung der Schaffung freiwilliger vorschulischer Betreuungsangebote, wo Kinder wichtige, für ihre Zukunft entscheidende Fähigkeiten auf spielerische Art und Weise früh erlernen können. Jedes Kind hat das Recht auf eine fördernde, individuelle Betreuung. Nicht ausgeschöpfte, vom Parlament genehmigte Mittel zur Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung sollen zur Unterstützung von spezifischen Projekten zur Förderung der individuellen Betreuung herangezogen werden können. Eltern tragen eine besondere Verantwortung, ihren Kindern Frühförderung zu ermöglichen.
- **Gleiche Startbedingungen schaffen:** Die soziale Herkunft der Schülerinnen und Schüler hat nach wie vor einen entscheidenden Einfluss auf deren schulischen Erfolg. Intelligenz, Begabung und Leistungsbereitschaft sollten stattdessen die zentralen Bestimmungsfaktoren sein. Gleiche Startbedingungen sind zudem der Schlüssel zur Integration von Kindern mit Migrationshintergrund. Die CVP möchte dem Ideal von gleichen Startbedingungen und Chancengerechtigkeit auf allen Stufen des Bildungssystems Schritt für Schritt näherkommen (vgl. z.B. Forderungen zu Harnos, Lehrplan 21, integrative Schule, Qualitätsstandards an den Gymnasien und zum Stipendienwesen in den folgenden Kapiteln).
- **Weiterbildungsangebot überschaubar machen:** Der Weiterbildung kommt im schweizerischen Bildungswesen eine zentrale Bedeutung zu. Sie fördert das „lebenslange Lernen“ und ist der Mörtel, welcher die Bausteine unseres Bildungssystems zusammenhält. Leider existiert heute ein Wildwuchs an Weiterbildungsabschlüssen, der kaum mehr überschaubar ist. Diesem Problem muss durch das geplante nationale Weiterbildungsgesetz entschieden entgegengetreten werden. Es braucht Markttransparenz und Leitplanken bei den Weiterbildungsangeboten. Seit Jahren fordert die CVP zudem, dass die Pensionskassenguthaben auch für die Weiterbildung zugänglich gemacht werden.
- **Familienergänzende Kinderbetreuung als Chance zur Weiterbildung:** Der Zugang zu Aus- und Weiterbildung soll auch für Eltern möglich sein. Entsprechend unterstützt die CVP die Schaffung von Angeboten für die familienergänzende Kinderbetreuung. Die bestehende staatliche Anschubfinanzierung ist zu verlängern.
- **Steuerliche Erleichterungen schaffen:** Seit Jahren kämpft die CVP für eine Ausdehnung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Aus- und Weiterbildungskosten. Die Zeiten, in denen man den „Beruf fürs Leben“ erlernt hat, sind längst vorbei. Deshalb muss die steuerliche Abzugsfähigkeit von Aus- und Weiterbildungskosten zumindest um die Kosten für die freiwillige berufliche Umschulung sowie für den beruflichen Aufstieg erweitert werden. Auch sind die Ausbildungszulagen von den Steuern zu befreien.
- **Internationale Vergleichbarkeit erhöhen:** Die CVP fordert die Teilnahme der Schweiz am Europass-Projekt. Der Europass ermöglicht eine standardisierte Darstellung des Bildungsweges und der Arbeitserfahrungen einer Person. Er erleichtert damit beispielsweise die Vergleichbarkeit von Bewerbungen und unterstützt Arbeitgeber bei der Auswahl von Arbeitskräften.

2. Volksschule

- **Harmos unterstützen, Bedenken ernst nehmen:** Die neue Bildungsverfassung verlangt eine Harmonisierung des Schulwesens im Bereich des Schuleintrittsalters und der Schulpflicht sowie der Dauer und Ziele der Bildungsstufen. Das Harmos-Konkordat trägt diesem Auftrag Rechnung. Die CVP nimmt die Vorbehalte und Ängste, die in gewissen Regionen bestehen, ernst, ist aber weiterhin überzeugt, dass Harmos zur Qualitätssicherung und -entwicklung unserer Schule von zentraler Bedeutung ist. Eine frühe Einschulung und die Schaffung von verlässlichen Tagesstrukturen sind ebenso wichtig wie nationale Standards bei grundlegenden Lernzielen. Die CVP wird sich auch in Zukunft für Harmos bzw. eine Harmonisierung der Volksschule in bestimmten Bereichen einsetzen.
- **Lehrplan 21:** Zur Stärkung des Bildungsstandorts Schweiz steht die CVP klar hinter einer Harmonisierung des Lehrplans. Das Projekt „Lehrplan 21“ bietet die Möglichkeit, Chancengerechtigkeit herzustellen, indem Kinder in allen Kantonen eine gleichwertige Ausbildung erhalten sollen. Durch eine Lehrplan-Harmonisierung werden Mobilitätshindernisse abgebaut sowie Transparenz und Vergleichbarkeit geschaffen. Ein effektives „Bildungsmonitoring“ wird dadurch erst ermöglicht. Wichtig ist für die CVP allerdings, dass die Umsetzung dieses Projekts unbürokratisch und praxisbezogen erfolgt. Zu einer Harmonisierung des Lehrplans gehören auch eine verbindliche Rahmenstundentafel sowie eine Harmonisierung und Optimierung der Lehrmittel.
- **Lesen, Schreiben, Rechnen:** Der Fokus im Volksschulunterricht, insbesondere in den Hauptfächern, sollte wieder vermehrt auf die Grundkompetenzen (Lesen, Schreiben, Rechnen) ausgerichtet werden. Es zeigt sich, dass immer mehr Schülerinnen und Schüler die Volksschule mit einer unterentwickelten Lese- bzw. Sprachkompetenz verlassen. Der CVP bereitet diese Entwicklung Sorgen. Weiter ist im ICT-Zeitalter besonderes Augenmerk auf die Förderung der Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler zu richten.
- **Image Lehrerberuf aufwerten:** In den nächsten 10 Jahren müssen etwa 30'000 Lehrkräfte in der Schweiz ersetzt werden. Um die riesige Herausforderung dieses Lehrermangels meistern zu können, muss die derzeitige soziale Demontage des Lehrerberufes gestoppt werden. Gerade für Männer muss der Beruf wieder attraktiver werden, damit männliche Vorbilder in der Schule nicht verloren gehen. Aus Sicht der CVP sollten hierzu folgende Möglichkeiten in Betracht gezogen werden: Schaffung von Karrieremöglichkeiten, Ausbau der Gestaltungsfreiheiten, Einführung flexibler Arbeitsmodelle, Förderung der Wiedereingliederung berufserfahrener Mütter und Väter (vgl. Forderung zur Entakademisierung, S. 5), Reduktion der Pflichtpensen, Möglichkeit einer verkürzten Ausbildung für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger, Weiter- oder Zweitausbildung für Lehrerinnen und Lehrer, damit auf einer anderen Stufe unterrichtet werden kann, Abbau bürokratischer Verpflichtungen.
- **Integrative Schule:** Zur Förderung der Gleichheit der Startbedingungen bzw. der Chancengerechtigkeit unterstützt die CVP grundsätzlich das Modell der integrativen Schule. Wichtig ist aber, dass die Regelklassen durch die Integration nicht überfordert, Qualitätseinbussen verhindert und die individuelle Betreuung aufrechterhalten werden. Um diese Gefahren zu reduzieren, sollten Ausländerinnen und Ausländer mit erheblichen Defiziten in der ortsüblichen Sprache vor der Eingliederung in die Regelklasse ein separates Schuljahr zur Förderung ihrer Sprachkompetenz absolvieren müssen. Stellt sich heraus, dass das Modell der integrativen Schule die erhofften positiven Effekte nicht zu erzielen vermag, stattdessen Überforderung und Qualitätseinbussen die Folge sind, fordert die CVP den Mut, dieses Modell grundlegend zu überdenken.
- **Kernauftrag der Lehrpersonen klären, Eltern bei ihren Erziehungsaufgaben in die Pflicht nehmen:** Die CVP verlangt eine Klärung des Auftrags der Volksschule. Kernauftrag der Lehrpersonen muss sein, die Schülerinnen und Schüler zu unterrichten. Auftrag der Volksschule ist nicht, vernachlässigte Erziehungsaufgaben nachzuholen oder gesellschaftliche Probleme zu lösen. Aus diesem Grund sind die Eltern bzw. Erziehungsverantwortlichen mehr in die Pflicht zu nehmen. Der Besuch von Elternabenden sowie Gespräche mit der Lehrperson müssen für obligatorisch erklärt werden können. Kommen die Eltern bzw. Erziehungsverantwortlichen diesen Verpflichtungen mehrfach und unentschuldig nicht nach, sollen auch Bussen ausgesprochen werden können.
- **Professionelle Selektionsentscheide:** Der Selektionsentscheid am Ende der Primarschulzeit zum Übertritt in die Sekundarstufe I muss ausschliesslich aufgrund der erbrachten Leistungen der Schülerinnen und Schüler erfolgen. Niemand darf aufgrund der Herkunft, des Geschlechts oder anderweitiger Merkmale bei der Beurteilung benachteiligt werden. Untersuchungen haben ge-

zeigt, dass dies in der Schweiz bei weitem nicht immer der Fall ist. Die CVP wehrt sich gegen solche Formen der Diskriminierung und fordert die Lehrerinnen und Lehrer auf, bei Selektionsentscheiden mehr Professionalität an den Tag zu legen.

- **Sprachaustausch zwischen den Regionen fördern:** Die Mehrsprachigkeit in unserem Land soll für den Erwerb von Fremdsprachen besser genutzt und der Sprachaustausch zwischen den Regionen gefördert werden. Die CVP erachtet den Aufenthalt von Schulklassen in einer anderen Sprachregion als sinnvoll und setzt sich für diese Form des Sprachaustausches ein.

3. Berufsbildung

- **Transparenz schaffen und Strukturen verbessern im Bereich der Berufsausbildungen und Berufsbilder:** Im Bereich der Pflegeausbildungen und der modernen Technologien fehlt es der Schweiz an eigenem Nachwuchs sowie an zusätzlichen Berufsfeldern. Weitere Berufs- und höhere Fachprüfungen müssen zügig eingeführt und die Anzahl Abschlüsse gesteigert werden. Die involvierten Behörden und Verbände sind aufgefordert, dieses Problem unverzüglich an die Hand zu nehmen. In den übrigen Bereichen fordert die CVP eine wesentliche Reduktion der heute über 300 Berufsausbildungen. In vielen Berufszweigen werden heute nur noch wenige Lehrstellen angeboten. Spezialisierungen innerhalb von Berufsgruppen sollen hingegen ermöglicht und vermehrt vorgenommen werden.
- **Lehrlingsbetreuung besser unterstützen:** Die CVP misst dem Abbau administrativer Hürden bei der Lehrlingsbetreuung grosse Bedeutung bei. Sämtliche unnötigen Verpflichtungen müssen aufgehoben und zwingende Auflagen möglichst vereinfacht werden. Hinsichtlich „moderner“ Herausforderungen wie Integration, Jugendgewalt oder mangelhafte Disziplin müssen die Lehrmeister mehr Unterstützung gerade auch von staatlicher Seite erhalten.
- **Berufswahlvorbereitung, mehr Zusammenarbeit zwischen Schule, Elternhaus und Wirtschaft:** Die zunehmende Anzahl von Lehrabbrüchen in der Schweiz bereitet der CVP Sorgen. Massnahmen müssen getroffen werden, um diese Entwicklung zu stoppen. Aus Sicht der CVP ist bereits bei der Berufswahlvorbereitung an den Schulen anzusetzen. Eine enge und frühzeitige Zusammenarbeit mit den Eltern, der Berufsberatung und insbesondere der Wirtschaft, d.h. den potentiellen Arbeitgebern aus der Region, ist notwendig. Gerade Letztere müssen mehr in die Berufswahlvorbereitung einbezogen werden.
- **Anschubfinanzierung von Lehrbetriebsverbänden:** Lehrbetriebsverbände sind ein gutes Instrument, den Mangel an Fachkräften in gewissen Berufen zu beheben und der zurzeit hohen Jugendarbeitslosigkeit entgegenzutreten. Viele kleinere Betriebe können dadurch in die Lehrlingsausbildung einbezogen werden und können so interessante neue Lehrstellen schaffen. Die CVP begrüsst die Errichtung von Lehrbetriebsverbänden und setzt sich für eine entsprechende staatliche Anschubfinanzierung ein.
- **Anreize schaffen, Lehrstellen anzubieten:** Die CVP fordert, dass bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen die Ausbildung von Lehrlingen durch einen Anbieter positiv gewichtet wird. Damit werden zusätzliche Anreize für Betriebe geschaffen, Lehrstellen anzubieten.
- **Quote bei Abschlüssen auf Sekundarstufe II erhöhen:** Nach wie vor erreichen nur ca. 90% der Jugendlichen einen Abschluss auf Sekundarstufe II. Die CVP unterstützt die gegenwärtigen Bestrebungen, diese Quote auf 95% zu erhöhen.
- **Attestausbildung fördern:** Die vor wenigen Jahren eingeführte Attestausbildung für Jugendliche mit Defiziten (insbesondere mit Migrationshintergrund) erweist sich immer mehr als Erfolgsmodell. Sie ergänzt die Berufslehre. Die CVP setzt sich dafür ein, dass die Attestausbildung weiter gefördert und in zusätzlichen Berufen und Regionen eingeführt wird.
- **Bessere Verankerung und Anerkennung unseres Berufsbildungssystems auf internationaler Ebene:** Die CVP fordert einen verstärkten Einsatz der Schweiz zur besseren internationalen Anerkennung unserer Berufsbildungsabschlüsse, insbesondere der Abschlüsse der höheren Berufsbildung. Generell muss unser duales Bildungssystem international bekannter gemacht und gefördert werden. Staat und Wirtschaft können beide hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten, beispielsweise durch die Zusammenarbeit auf Ministerebene, im Rahmen des Kopenhagen-Prozesses oder den Austausch von Lernenden in internationalen Firmen.
- **Kompetenzen in Englisch und im IT-Bereich verbessern:** Die Berufsbildung darf wichtige Entwicklungen keinesfalls verpassen. So spricht sich die CVP dafür aus, den Berufsfachschulunter-

richt in den verschiedenen Fächern vermehrt auf Englisch anzubieten bzw. durchzuführen und die Aneignung von Kenntnissen und Fähigkeiten im IT-Bereich zu fördern. Englischsprachige Kursangebote in der Berufslehre fördern deren Attraktivität.

- **Wiedereinstieg unterstützen, bestimmte Ausbildungslehrgänge entakademisieren:** Die derzeitige Tendenz, verschiedene Berufe (z.B. Kindergärtner/in, Basisstufenlehrer/in) generell zu akademisieren, lehnt die CVP ab. Kindergärtner/innen bzw. Basisstufen-Lehrer/innen haben die wichtige Aufgabe, die Kinder auf die Schule vorzubereiten und sie in ihrer frühen Entwicklung zu unterstützen. Hochschulreife Kenntnisse in Fächern wie beispielsweise Mathematik oder Physik sind auf dieser Stufe unnötig. Gerade solche Berufe eignen sich hervorragend für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger. Personen, die während zwanzig Jahren zu Hause ihre Kinder betreut haben, haben sich grosse Kompetenzen erarbeitet. Diese sollten bei der Ausbildung mitberücksichtigt werden. Deshalb sollten für diese Personengruppen zusätzliche Ausbildungsgänge geschaffen werden. Die Entakademisierung setzt grundsätzlich voraus, dass Anschlussausbildungen gewährleistet sind.
- **Neubeurteilung des staatlichen Engagements bei der höheren Berufsbildung:** Die CVP verlangt eine grundlegende Neubeurteilung des staatlichen Engagements bei der höheren Berufsbildung (Höhere Fachschulen, Meisterprüfungen, usw.). Es ist zu prüfen, ob die höhere Berufsbildung als zentrales Element und Trumpf des schweizerischen dualen Bildungssystems von Seiten des Bundes stärker unterstützt werden kann und soll. Ein zusätzliches staatliches Engagement bei der höheren Berufsbildung darf allerdings nicht zulasten der Förderung der allgemeinen schulischen Bildung erfolgen.
- **Gleiche Chancen für Personen mit Berufsbildung:** Personen mit einer Berufsbildung müssen bezüglich Aus- und Weiterbildungskosten die gleichen Voraussetzungen haben wie Personen mit einer schulisch-akademischen Ausbildung. Dies könnte in Form steuerlicher Erleichterungen oder vermehrter staatlicher Beteiligung erfolgen.

4. Gymnasium

- **Qualität an den Gymnasien verbessern:** Die Gymnasien haben eine wichtige Funktion als Bindeglied zwischen der Volks- und Hochschule. Die CVP möchte den universellen und prüfungsfreien Zugang zum Hochschulstudium mit einer gymnasialen Maturität langfristig aufrechterhalten. Dies erfordert aber ein hohes Ausbildungsniveau und eine klare Qualitätsorientierung an den Gymnasien. Die bestehende Qualität muss zwingend beibehalten bzw. weiter verbessert werden.
- **Keine systematische Erhöhung der Maturitätsquote:** Das von der OECD immer wieder vorgebrachte Ziel einer systematischen Erhöhung der Maturitätsquote lehnt die CVP entschieden ab. Die Maturitätsquote ist kein probates Steuerungsmittel, deren fixe Erhöhung führt zwangsläufig zu einem Abfall der gymnasialen Bildungsqualität. Ausserdem impliziert die Forderung nach einer erhöhten Maturitätsquote auch die Vorrangstellung der gymnasialen Bildung im Vergleich zur Berufsbildung. Aus Sicht der CVP ist dies klar der falsche Ansatz. Die CVP befürwortet jedoch Bestrebungen, die höchst unterschiedlichen kantonalen Maturitätsquoten einander anzugleichen (vgl. folgende Forderung).
- **Kantonale Qualitätsunterschiede anpassen:** Auch auf gymnasialer Stufe muss ein vorrangiges Ziel sein, ein hohes, gleiches Bildungsniveau in allen Landesregionen zu erreichen. Die bestehenden kantonalen bzw. regionalen Qualitätsunterschiede sind erheblich. Aus diesem Grund fordert die CVP, dass Massnahmen ergriffen werden, welche die Vergleichbarkeit der Abschlussqualität zwischen den Kantonen sicherstellen. Erarbeitung und Umsetzung dieser Massnahmen sind grundsätzlich Sache der Kantone bzw. der Gymnasien, wobei auch die Hochschulen miteinbezogen werden sollten. Die CVP erachtet ein Eingreifen auf Bundesebene nur dann als notwendig, wenn die Kantone und Gymnasien nicht in der Lage sind, zumindest landesweite Qualitätsstandards in folgenden Fächern durchzusetzen: Muttersprache, Mathematik, Englisch und Informatik.
- **Qualitative Begutachtung der Maturitätsprüfungen:** Um die Qualität der Maturitätsprüfungen auch innerhalb der Kantone anzugleichen bzw. anzuheben, fordert die CVP eine qualitative Begutachtung sämtlicher Maturitätsprüfungen durch kantonale Expertengruppen.
- **Stellenwert der Muttersprache und der Mathematik erhöhen:** Die CVP begrüsst im Grundsatz das an den Gymnasien zur Selektion angewendete Kompensationssystem. Dieses sollte allerdings dahingehend angepasst werden, dass die Kompensation schlechter Noten in der Mutter-

sprache sowie in Mathematik erschwert wird. Diese beiden Fächer erhalten dadurch ihren längst fälligen Bedeutungszuwachs.

- **Langzeitgymnasien fördern:** Die Dauer der gymnasialen Ausbildung ist ein zentraler Qualitätsfaktor. Kantone mit nur dreijähriger gymnasialer Ausbildung erzielen qualitativ weitaus schlechtere Abschlussergebnisse als Kantone mit einer vier- bis sechsjährigen Ausbildung. Aus Sicht der CVP sollten die Angebote an Langzeitgymnasien entsprechend ausgebaut werden.
- **Internationale Abschlüsse an unseren Gymnasien, nachhaltige internationale Anerkennung der gymnasialen Maturität:** Um unserer zunehmend globalisierten Welt auch im Bildungsbereich gebührend Rechnung zu tragen, fordert die CVP, dass auf der einen Seite auf politischer Ebene sichergestellt wird, dass die schweizerische gymnasiale Maturität nachhaltig international anerkannt wird, auf der anderen Seite die staatlichen Gymnasien in der Schweiz internationale Abschlüsse (z.B. International Baccalaureat) anbieten.

5. Hochschulen

- **Hohes Niveau unserer Hochschulen erhalten:** Die Schweizer Universitäten gehören weltweit zu den Besten. Über 70 Prozent der Studierenden in der Schweiz studieren an einer der Top-200-Universitäten des Shanghai-Rankings. In den USA oder in Deutschland beispielsweise liegt diese Quote mit knapp 20 Prozent weitaus tiefer. Die CVP ist stolz auf das hohe Niveau unserer Universitäten und wird alles daran setzen, diesen bedeutenden Vorteil auch in Zukunft zu erhalten.
- **Praxisorientierung der Fachhochschulen fördern:** Die Fachhochschulen sind im Vergleich zu den Universitäten gleichwertig, aber andersartig. Gerade dieser Andersartigkeit muss mehr Sorge getragen werden. Für die CVP ist klar, dass die grosse Stärke der Fachhochschulen in deren Praxisbezogenheit liegt. Die Forschungstätigkeit an den Fachhochschulen muss deshalb noch konsequenter auf die praxisorientierte Anwendung und Entwicklung ausgerichtet werden. Auch soll der Zugang zur Fachhochschulausbildung nur mit qualifizierter Berufserfahrung möglich sein. Vor diesem Hintergrund fordert die CVP, dass die Zulassungsvoraussetzungen zum Fachhochschulstudium in Bezug auf die Arbeitswelterfahrung strenger geregelt, beispielsweise wieder auf mindestens zwei Jahre Berufserfahrung festgelegt werden.
- **Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG):** Die neue Verfassung verpflichtet Bund und Kantone, gemeinsam für die Koordination und die Gewährleistung der Qualitätssicherung im schweizerischen Hochschulwesen zu sorgen. Mit dem geplanten HFKG soll dieser Auftrag umgesetzt werden. Die CVP ist überzeugt, dass das HFKG eine gute Grundlage für eine zukunftsorientierte Hochschulpolitik bietet. Insbesondere kann mit dem HFKG eine engere Koordination aller Hochschulträger gewährleistet, die Finanzierung transparenter ausgestaltet und die Aufgabenteilung in besonders kostenintensiven Bereichen koordiniert werden. Die CVP wird sich in der parlamentarischen Beratung dafür einsetzen, dass mit dem HFKG die Autonomie der Hochschulen sowie die Freiheit und Einheit von Lehre und Forschung gewahrt bleiben und dass die gemeinsam einzurichtenden Organe und deren Entscheidungsfindung so ausgestaltet werden, dass nicht Nivellierung sondern Profilbildung die Folge ist.
- **Bologna analysieren und Mängel beheben:** Förderung der studentischen Mobilität, Errichtung eines europäischen Hochschulraumes und gemeinsame Qualitätsentwicklung – dies waren die ursprünglichen Ziele des vor 10 Jahren eingeleiteten Bologna-Prozesses. Die CVP begrüsst die inhaltliche Ausrichtung der Bologna-Reform, muss aber zusehends feststellen, dass die erklärten Ziele kaum erreicht werden. So sind Studienortwechsel heute schwieriger als früher, bei den Studentinnen und Studenten macht sich zunehmend Orientierungslosigkeit breit und die Verschulung und Bürokratisierung im Hochschulwesen haben eine lähmende Wirkung auf Innovation und Flexibilität der Lehrenden und Studierenden. Vor diesem Hintergrund verlangt die CVP eine gründliche Analyse der Umsetzung der Bologna-Reform in der Schweiz und die konsequente Behebung hierbei festgestellter Mängel.
- **Durchlässigkeit darf nicht zum Qualitätsabfall führen:** Die zwischen der CRUS (Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten), der KFH (Konferenz der Fachhochschulen) und der COHEP (Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der pädagogischen Hochschulen) im November 2007 abgeschlossene Kooperationsvereinbarung zur Durchlässigkeit zwischen den Hochschultypen legt fest, dass ein Bachelor-Abschluss an einer Schweizer Hochschule grundsätzlich zum freien Eintritt in ein Masterstudium an jeder anderen Schweizer Hochschule berechtigt. Je nach Studienfach und Institution können zusätzliche Studienleistungen im Umfang von bis

zu 60 ECTS-Punkten vorgesehen werden. Die CVP begrüsst die mit dieser Vereinbarung beabsichtigte Förderung der Durchlässigkeit, jedoch werden mit einer solch pauschalen Lockerung der Übertrittsbedingungen die beiden Pfeiler unseres dualen Bildungssystems in nicht nur positiver Weise vermischt. Qualitäts- und Potenzialeinbussen können die Folge sein. Die CVP verlangt eine kritische Analyse dieser und ähnlicher Vereinbarungen.

- **Erhöhung der Studiengebühren für Studierende aus dem Ausland:** Schweizer Hochschulen erleben zurzeit einen beispiellosen Zustrom von Studierenden aus dem Ausland. Zwischen 1997 und 2008 stieg ihre Zahl von 12'400 auf 30'500. Vor diesem Hintergrund fordert die CVP eine massvolle, aber systematische Erhöhung der Studiengebühren für Ausländerinnen und Ausländer (Vorstösse hierzu wurden von der CVP, beispielsweise im Kanton Zürich, bereits eingereicht). Im Sinne der Chancengerechtigkeit ist als Alternative auch die Einführung von obligatorischen Aufnahmeprüfungen für ausländische Studienanwärterinnen und Studienanwärter zu prüfen.
- **Mindeststandards im Stipendienwesen:** Stipendien soll erhalten, wer darauf angewiesen ist. Niemand soll in der Schweiz mangels finanzieller Kraft auf eine Ausbildung verzichten müssen. Die heute bestehende Praxis, wonach Stipendien und Darlehen in den einzelnen Kantonen sehr unterschiedlich gehandhabt und ausgesprochen werden, ist mit der Forderung nach Chancengerechtigkeit kaum zu vereinbaren. Aus diesem Grund unterstützt die CVP das Stipendien-Konkordat der EDK, welches die Kantone verpflichtet, gesamtschweizerische Grundsätze und Mindeststandards beim Stipendienwesen einzuhalten.
- **Zulassung, Niederlassung und Integration der Ausländerinnen und Ausländer aus Nicht-EU/EFTA-Staaten mit Schweizer Hochschulabschluss erleichtern:** Ausländische Studierende aus Nicht-EU/EFTA-Staaten werden heute grundsätzlich nur unter der Bedingung zu einem Studium in der Schweiz zugelassen, wenn sie ihre Wiederausreise nach Studienabschluss zusichern. Damit investiert unser Land beträchtliche Summen an öffentlichen Geldern in die Ausbildung junger Ausländerinnen und Ausländer, von welchen Staaten profitieren, die mit uns im Wettbewerb stehen. Gut ausgebildete ausländische Kaderleute könnten einen wichtigen Beitrag zur Innovationskraft unseres Landes leisten. Vor diesem Hintergrund fordert die CVP eine Anpassung des nationalen Ausländergesetzes, um die Zulassung, Niederlassung und Integration der Ausländerinnen und Ausländer aus Nicht-EU/EFTA-Staaten mit Schweizer Hochschulabschluss zu erleichtern.

6. Forschung

- **Keine einschneidenden Kürzungen der Forschungsgelder:** Forschung steigert die Innovationskraft unseres Landes. Mehr denn je ist die Schweiz auf einen starken Forschungsplatz angewiesen. Einschneidende Kürzungen von staatlichen Forschungsgeldern sowohl im Bereich der Grundlagenforschung als auch in der angewandten Forschung lehnt die CVP deshalb ab.
- **Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft optimieren:** Die CVP verlangt eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Wissens- und Technologietransfer zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft. Hierzu sind – zur Förderung der Transparenz – Ausbildungsmodulare zur Handhabung geistiger Eigentumsrechte für Hochschulangehörige, Studenten und Externe zu schaffen. Ausserdem ist der Zugang von Forschenden und Start-Up-Unternehmen zu Forschungsergebnissen im Hinblick auf deren kommerzielle Verwertung zu erleichtern.
- **Wissenschaftliche Nachwuchsförderung verbessern:** Die CVP setzt sich für gute Rahmenbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs ein. Aus heutiger Sicht ist die wissenschaftliche Tätigkeit an Hochschulen im Vergleich zu anderen Berufsmöglichkeiten für hoch qualifizierte Studienabgängerinnen und Studienabgänger zusehends unattraktiv. Die Perspektiven für eine akademische Karriere müssen verlässlicher (z.B. frühere Bewerbung auf eine Professur), die Anstellungsbedingungen und die Familienverträglichkeit verbessert (z.B. bessere, strukturiertere Betreuung im Rahmen von Graduiertenprogrammen) und die Doktoratszeit namentlich in den Geistes- und Sozialwissenschaften verkürzt werden. Die Transparenz in der Gestaltung von universitären Laufbahnstufen, Eintrittsmöglichkeiten und Karrierewegen muss ausserdem erhöht werden. Der Wert eines Dokortitels darf nicht weiter unterlaufen werden.
- **Nationale Koordination bei den Forschungsinfrastrukturen:** Die Forschung in der Schweiz ist in vielen Fachgebieten auf immer komplexere und kostspieligere Apparaturen, Datenbanken und Hochleistungsrechner angewiesen. Einzelne Hochschulen sind häufig nicht mehr in der Lage, die

entsprechenden Bedürfnisse zu finanzieren. Um die finanziellen Mittel optimal einzusetzen, fordert die CVP eine nationale Koordination. Der Bund muss mit Unterstützung der Wissenschaftsinstitutionen aufzeigen, welche Forschungsinfrastrukturen für die Forschenden mehrerer Hochschulen benötigt werden und ob diese auf nationaler Ebene geschaffen oder durch die Beteiligung an internationalen Vorhaben zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Hochschulträger und der Bund haben die Vorhaben zu priorisieren und die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Verfasser:

- Dr. Gerhard Pfister, Nationalrat ZG, Leitung
- Marianne Binder, Kommunikationschefin CVP Schweiz
- Dr. Ivo Bischofberger, Ständerat AI
- Brigitte Häberli-Koller, Nationalrätin TG
- Dr. Kathy Riklin, Nationalrätin ZH
- Barbara Schmid-Federer, Nationalrätin ZH, Mitglied Parteipräsidium CVP Schweiz
- Manuel Trunz, Wissenschaftlicher Mitarbeiter CVP Schweiz

Durchgeführte Hearings:

- Prof. Dr. Rolf Dubs, Universität St. Gallen
- Delegation der KSGR (Konferenz Schweizerischer Gymnasialrektorinnen und Gymnasialrektoren), mit Gabrielle von Büren-von Moos (Präsidentin) und Aldo Dalla Piazza (Vizepräsident)
- Delegation des ETH-Rates, mit Fritz Schiesser (Präsident und ehem. Ständerat)
- Delegation der Jörg Lienert AG (Unternehmensberatung in Personalfragen)
- Delegation des LCH (Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer), mit Beat W. Zemp (Zentralpräsident)
- Ursula Renold, Direktorin BBT (Bundesamt für Berufsbildung und Technologie)
- Daniel Höchli, Direktor Schweizerischer Nationalfonds
- Delegation der EDK (Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren), mit Isabelle Chassot (Präsidentin) und Hans Ambühl (Generalsekretär)
- Rainer Huber (ehem. CVP-Regierungsrat und Bildungsdirektor)
- Prof. Dr. Ernst Buschor (ehem. CVP-Regierungsrat und Bildungsdirektor)
- Delegation der Bildungsverantwortlichen der CVP Kantonalparteien
- Arbeitsgruppe Bildung der CVP Schweiz, Leitung Kathy Riklin, Nationalrätin ZH
- Wirtschaftskommission der CVP Schweiz, Leitung Lucius Dürr, Direktor Schweizerischer Versicherungsverband (SVV)